
Interpellation Böhi-Wil vom 22. September 2008

Umgangssprache fördert Integration

Schriftliche Antwort der Regierung vom 11. November 2008

Erwin Böhi-Wil berichtet von positiven Erfahrungen aus deutschen Schulen, in denen Vereinbarungen bestehen, dass fremdsprachige Schülerinnen und Schüler auch ausserhalb der eigentlichen Schulstunden wie z.B. auf dem Pausenplatz Deutsch sprechen. Die Deutschkenntnisse hätten sich verbessert und die Anzahl Fälle von Mobbing und Ausgrenzung sei zurückgegangen. Der Interpellant erkundigt sich, ob die Regierung bereit ist, den Schulleitungen zu empfehlen, mit der Schülerschaft eine Vereinbarung zu treffen, damit im Umfeld der Schulhäuser nur Deutsch (Dialekt / Hochdeutsch) als Sprache verwendet werde.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Der Erziehungsrat schreibt vor, dass St.Galler Schulkinder grundsätzlich auf Hochdeutsch unterrichtet werden und im Unterricht auch selbst Hochdeutsch sprechen. So ist bereits ab der ersten Klasse der Primarschule im Schulunterricht in allen Fachbereichen Hochdeutsch Unterrichtssprache. Von der konsequenten Verwendung der hochdeutschen Sprache als Arbeitssprache im Unterricht und auf Exkursionen profitieren alle Schülerinnen und Schüler, besonders auch die mit nichtdeutscher Erstsprache.

Die neueren Sprachlehrmittel im Fach Deutsch wie «Sprachfenster» in der Primarschule und «Sprachwelt Deutsch» auf der Oberstufe nehmen die Thematik der grundlegenden Wichtigkeit der deutschen Sprache im Schulischen und Gesellschaftlichen auf. Sie sensibilisieren alle Schülerinnen und Schüler für die Wertschätzung der Muttersprachen, die zu Hause und in den Kursen der Herkunftssprachen ihren Platz haben. Der Vergleich der verschiedenen Sprachen ist eine zentrale Aufgabe der Sprachförderung auf allen Schulstufen und trägt gleichzeitig zum respektvollen Umgang mit Personen anderer Erstsprachen bei.

In vielen Schulen des Kantons St.Gallen haben Lehrpersonen und Lehrerteams den Sprachgebrauch auf dem Schulareal auch ausserhalb des Unterrichts thematisiert und Abmachungen getroffen, wonach auch auf den Pausenplätzen grundsätzlich nur Deutsch gesprochen werden darf. Die Regierung sieht indessen keinen Anlass, hierüber allgemeine Empfehlungen abzugeben. Hierfür wäre ohnehin der Erziehungsrat zuständig. Die Verhältnisse in den einzelnen Schulen sind zu unterschiedlich, und es soll Sache der Schulleitungen sein, zweckmässige Massnahmen zu treffen.